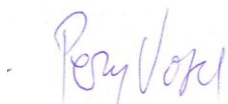


Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

wieder blicken wir auf ein spannendes Jahr zurück. In Berlin war es geprägt durch ein Hin und Her und Auf und Ab bei der Vergabe der Gas- und Stromnetz-Konzessionen. Im Sommer erhielt das landeseigene Unternehmen BerlinEnergie überraschend die Konzession. Doch eine Klage der Gasag war im Dezember in der ersten Distanz erfolgreich. Aufgrund von formalen Fehlern wurde die Konzessionsvergabe an BerlinEnergie wieder aberkannt. Auswirkungen hat dies auch auf das Stromnetzverfahren, für dessen Rekommunalisierung wir seit Jahren kämpfen. Wir wollen auch weiterhin die Rekommunalisierung der Berliner Energienetze erwirken und eine ökologische, soziale und demokratische Energieversorgung. Für BBK war es aber auch ein Jahr, in dem wir wieder beim Thema Kohleausstiegs aktiv waren. So gaben wir den Anstoß für die Gemeinschaft Kohleausstieg Berlin, die erfolgreich eine mehrteilige Veranstaltungsreihe startete. Ziel muss sein, den Kohleausstieg voran zu bringen, auch und gerade hier in der Hauptstadt. Der Kohlewiderstand regt sich aber nicht nur in Berlin sondern in ganz Deutschland. BBK wird deswegen wieder verstärkt mit neuen Projekten lokal, national und international einsteigen.



Mit den besten Grüßen



Dr. Percy Vogel  
Vorstand BBK



Titelfoto: Menschenkette am 23. August 2014 in der Lausitz

## Arbeitsschwerpunkte 2014

### Berliner Energietisch

Wie in den Jahren zuvor, war auch im Jahr 2014 der Energietisch ein wichtiges Arbeitsfeld für BBK. Schon bei der Klausur nach dem knapp gescheiterten Volksentscheid stand fest: der Berliner Energietisch wird die weiteren Entscheidungen rund um das „Thema Rekommunalisierung der Energieversorgung“ konstruktiv und kritisch begleiten. Im Januar-Plenum wurden Dr. Michael Efler und Dr. Stefan Taschner im Amt des Energietischsprechers bestätigt. Beide vertreten die Interessen des Bündnisses gegenüber Politik, Wirtschaft und Medien. Bei der Auswertung des Volksentscheides zeigte eine von Mehr Demokratie in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage, dass nur ein kleiner Teil (11%) der Nicht-Wähler\*innen am Energietisch-Volksentscheid mit Nein gestimmt hätten. 66 % der Befragten fanden es nicht in Ordnung, dass der Senat bei zwei der bisher vier Volksentscheide einen eigenen, von einer Wahl (Bsp. Bundestagswahl) unabhängigen Termin festgelegt hat.

Anfang des Jahres nahm die Stadtwerke-AG des Energietisches ihre Arbeit auf und erstellte ein Eckpunktepapier für die neu zugründenden Berliner Stadtwerke. Einer der wichtigsten Punkte ist die bedarfsgerechte, sozial- und umweltverträgliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner sowie der Berliner Unternehmen mit dezentral und nachhaltig erzeugter Energie aus erneuerbaren Quellen. Das Eckpunktepapier wurde bei Einsetzung der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ im Mai an alle Mitglieder überreicht. Dr. Stefan Taschner ist Sachverständiger in der Kommission.

Der Energietisch setzt sich weiterhin für ein Stadtwerk nach seinen Vorstellungen ein. Doch die engen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind schwierig. Die Berliner Stadtwerke dürfen weiterhin nur selbst produzierten Strom verkaufen. Diesen Nachteil bemängeln viele im Berliner Abgeordnetenhaus, doch an der Gesetzeslage hat sich bis jetzt nichts verändert.

Nachdem die Gasnetz-Rekommunalisierung nicht Teil des Volksentscheides sein konnte, wurde auf einem

Plenum beschlossen, diese Forderung zu unterstützen. Das Verfahren und deren Ausgang dienen schließlich als Blaupause für das Verfahren zur Vergabe der Stromnetz-Konzession, die noch Vattenfall inne hat. Im Sommer ging die Konzession überraschend an das landeseigene Unternehmen Berlin Energie. Dies endete in einem monatelangen Streit innerhalb der Koalition. Nach einer Klage der Gasag wurde Berlin Energie der Zuschlag entzogen, da formale Voraussetzungen für eine Bewerbung laut dem Landgericht Berlin nicht gegeben sind.

Das internationale Interesse am Energietisch war im laufenden Jahr groß. Neben Aktionen wurde im November anlässlich des ersten Jahrestages des Volksentscheides eine erfolgreiche Konferenz mit ca. 80 Teilnehmer\*innen durchgeführt.



Foto: Zusammenstellung diverser Impressionen von der Konferenz

Der Berliner Energietisch hat im Jahr 2014 durch Kleinspenden und eine Großspende 5.890 Euro eingenommen.

### **Kohleausstieg**

In Sachen Braunkohle war das Jahr 2014 sehr turbulent. Anfang des Jahres sprach sich der IPCC sehr deutlich gegen eine weitere Verstromung von Kohle aus. Im Juni gaben SPD und Linke in Brandenburg bekannt, weiter an der Braunkohle festzuhalten. Kurz vor der Landtagswahl stimmte die Koalition noch für die Erweiterung des Tagebaus Welzow-Süd II. Mit der größten Anti-Kohle-Demonstration in der Lausitz setzte die Zivilgesellschaft ein deutliches Zeichen. Dann kursierte im Oktober die Nachricht, dass Vattenfall seine Braunkohlesparte in Deutschland verkaufen will. Wie es 2015 in dieser Frage weitergeht ist ungewiss. Sicher ist jedoch: Die Proteste werden zunehmen, nicht nur in der Lausitz, sondern auch im Rheinland.

### Menschenkette

Klar war, eine Kohleausstiegs-Bewegung muss angeschoben und nationaler Protest gegen den Abbau von Braunkohle sichtbar gemacht werden. So stellte Greenpeace Anfang des Jahres eine Idee vor: Sie wollten zwei von der Abaggerung bedrohte Orte, eines auf deutscher und das andere auf polnischer Seite, verbinden. Das Zauberwort hieß Menschenkette. Es galt acht Kilometer mit buntem und vielfältigem Protest zu füllen und dies bedeutete sehr viele Aktive zu mobilisieren. Greenpeace öffnete seine Strukturen, um ein Bündnis aufzubauen. Dem Bündnis gehörten viele Organisationen an. BBK und der Energietisch waren mit Stefan Taschner im Trägerkreis vertreten. Dieses Gremium bestand aus lokalen, Berliner und bundesweiten Initiativen. Die Bewerbung der Aktion begann zeitnah im Frühjahr auf den Energiewende-Demos. Darüber hinaus organisierte ein Berliner Bündnis eine erfolgreiche Probemenschenkette vom Lausitzer Platz bis zur Warschauer Straße. Am 23. August war es dann soweit: Rund 7.500 Menschen bildeten eine acht Kilometer lange Menschenkette zwischen dem polnischen Grabice und dem deutschen Kerkwitz. Wer dabei war, wird diesen Tag nie vergessen.

### Gemeinsame Landesplanung

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein. Da Klimaschutz nicht an der Landesgrenze halt macht, hat Berlin auch eine Verantwortung beim Braunkohle Tagebau. Zum Schutz von Bevölkerung und Klima muss Berlin deswegen gegen die Brandenburger Braunkohlepläne vorgehen und seine Handlungsoptionen ausschöpfen. Daher haben BUND Berlin und BBK ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben. Dies kam zum Schluss, dass Berlin über die Gemeinsame Landesplanung (GL) auf die Brandenburger Tagebaupläne einwirken kann. Der renommierte Umweltjurist Dirk Teßmer wies darauf hin, dass „zu den Aufgaben der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung u. a. auch die Erarbeitung, Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Fortschreibung der Braunkohlenpläne“ gehören und Berlin volles Mitspracherecht bei dieser Planung hat. Gemäß dem Gutachten sei die Braunkohlenplanung aufgrund der massiven Umweltauswirkungen, die bis nach Berlin hineinreichen, ein Thema, welches im Rahmen einer sogenannten „Landesplanungskonferenz“ zu behandeln wäre. Im Rahmen dieser Landesplanungskonferenz, die u.a. der Regierende Bürgermeister einberufen kann,

könnte Berlin seine Position zu der Tagebauplanung einbringen und ggf. durchsetzen. Nach Auffassung des Juristen sind neue Tagebaue kaum mit einem der wesentlichen Grundsätze des Vertrages über eine gemeinsame Landesplanung zu vereinbaren, nämlich dass „die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu bewahren“ seien. Das Gutachten wurde auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Das Thema wurde im Berliner Abgeordnetenhaus bereits aufgegriffen.

#### Kohleausstieg Berlin

Auf Initiative von BBK haben sich im Sommer 2014 verschiedene in Berlin tätige klimapolitisch aktive Organisationen getroffen und an einem Tisch über eine mögliche Kohleausstiegs-Bewegung in Berlin gesprochen. Nach zwei Treffen schlossen sie sich zu der Gemeinschaft Kohleausstieg Berlin zusammen. Ziel ist, die Bündelung der Aktionen und Arbeit der einzelnen Organisationen, um eine Kohleausstiegs-Bewegung zu etablieren und weitere Aktive für dieses Thema zu mobilisieren. Die Gemeinschaft fordert: ein schnelles und geordnetes Abschalten der bestehenden Kohlekraftwerke in Berlin und Brandenburg, die Abschaltung des Kraftwerks Klingenberg bis 2016, keine neuen Tagebaue in der Lausitz, die Verhinderung von den Tagebauen Welzow-Süd II und Jänschwalde Nord und eine schnellstmögliche 100%ige Versorgung Berlins und Brandenburgs mit Erneuerbaren Energien. Am 4. November startete die mehrteilige Veranstaltungsreihe rund ums Thema Kohle in und um Berlin. Die geplanten, vielfältigen Veranstaltungen umfassen Kinoabende, Empfänge, Podiumsdiskussionen, Fotoausstellungen uvm.



#### **Und sonst?**

Im April startete das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg eine Volksinitiative gegen Massentierhaltung. Ziel: 20.000 Unterschriften von Brandenburger\*innen für eine artgerechte Haltung und ökologische Landwirtschaft. BBK hat dieses Anliegen aktiv unterstützt. Benjamin Raschke war zudem

stellvertretender Vertreter. Im November übergab das Bündnis dem Brandenburger Landtag 34.000 Unterschriften. Der Landtag übergab es an den Ausschuss, der voraussichtlich im Januar tagt. Ein Dialog wurde begonnen und wird vom Bündnis mit viel Engagement geführt.

#### **BBK intern**

Claudia Löhle befindet sich seit Ende Juni in Elternzeit. Bis Mitte Juli 2015 werden ihre Aufgaben von Eva Rönspiess übernommen.

#### **Ausblick für 2015**

##### Energietisch

Auch im nächsten Jahr wird der Energietisch weiter geführt. Wichtige Entscheidungen stehen nach wie vor an. Die Konzessionsvergabe Gas wird sicher 2015 abgeschlossen und auch die Stromnetze werden wieder ganz oben auf die politische Agenda rücken. Zudem gibt es gewisse Chancen, das Stadtwerk von seinen Fesseln zu befreien.

##### Kohleausstieg

Auf der Veranstaltung „Kohlekonsum – ein Ausstieg ist möglich!“ in der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni diesen Jahres wurde deutlich, dass viele Umwelt- und Sozialverbände sowie Engagierte aus verschiedenen Umweltbewegungen für das Jahr 2015 verstärkt Kohleausstiegskampagnen planen. BBK möchte mit seiner Stadtwerke-Kampagne einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Eine Förderung in Höhe von 4.500 Euro von der Bewegungsstiftung konnte hierfür eingeworben werden.

Ziel der Kampagne ist, Initiativen vor Ort dazu zubewegen mit direktdemokratischen Mitteln die Kohle aus dem Strom-Mix ihrer kommunalen Stadtwerke zu verbannen. Mit Unterstützung von BBK können lokale Umweltgruppen sowie engagierte Bürger\*innen den Ausstieg mithilfe von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren u.ä. erreichen. Darüber hinaus wird die lokale politische Diskussion zum Thema Kohleausstieg angestoßen. So wird der lokale Anti-Kohle-Protest auf eine breitere Basis gestellt und konzentriert sich nicht nur auf die Hotspots (Standorte von Kohlekraftwerken bzw. Tagebaue).

Aber auch an den nationalen Protesten gegen Kohle sowie in den Braunkohlerevieren beteiligen und in der Vorbereitung einbringen.

## Finanzübersicht 2014

### Ausgaben

Personalkosten	-89.543,98 €
Büromiete	-4.548,65 €
Büroorganisation (Post, Telefon, Internet)	-609,38 €
Reisekosten	-846,80 €
Mitgliedsbeitrag Klima-Allianz	-400,00 €

Homepage und Newsletter	-1.328,19 €
Bankgebühren, Kontoführung etc.	-126,08 €
Sonstige Ausgaben	-4.326,32 €

**Ausgaben gesamt** -101.729,40 €

### Einnahmen

Stiftungen	107.375,00 €
Spenden	40,00 €
Sonstige Einnahmen	4.605,45 €

**Einnahmen gesamt** 112.020,45 €

**Bestand aus dem Vorjahr** 7.285,05 €

**Kontostand 31.12.2014** 17.576,10 €

### **Kontakt**

BürgerBegehren Klimaschutz e.V.  
Kampagnenbüro und Geschäftsstelle  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Telefon: 030 - 92 25 09 19

Email: [info@buerger-begehren-klimaschutz.de](mailto:info@buerger-begehren-klimaschutz.de)  
[www.buerger-begehren-klimaschutz.de](http://www.buerger-begehren-klimaschutz.de)

### Vorstand:

Dr. Michael Efler, Benjamin Raschke, Dr. Percy Vogel

### Unsere Kontoverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank  
IBAN: DE51430609674012162400  
BIC: GENODEM1GLS

BürgerBegehren Klimaschutz e.V. ist als gemeinnützig anerkannt und beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 30723 B eingetragen.



### Unser BBK-Team 2014

**Claudia  
Löhle**



Projektberatung,  
Öffentlichkeits-  
arbeit, Finanz-  
und  
Vereinsverwaltung

**Eva  
Rönspieß**



Elternzeitvertretung  
Claudia Löhle

**Dr. Stefan  
Taschner**



Campaigning und  
Pressearbeit